



Erscheint täglich Nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich für Halle und durch
den Postweg 2 Mark.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Neitschmann.
Herausgeber nach Berlin und Leipzig. Anstalt Nr. 289.

Insertionspreis
für die häufigste Corres-
pondenz oder deren Raum 12 Pf.

Reclamen
vor dem Zerkleineren die der-
gehabene Zeit oder deren
Raum 30 Pf.

Nr. 299.

Sonnabend, den 21. Dezember 1889.

90. Jahrgang.

Strafbarkeit öffentlicher Aufforderung zum Strifen.

Halle, 19. Dezember.

* Das in der Presse schon mehrfach erwähnte Urteil des Reichsgerichts vom 3. Dezember d. J., das die öffentliche Aufforderung zu einem Strife der Bergarbeiter für strafbar nach § 110 des Strafgesetzbuchs erklärt, ist von unmittelbarem Interesse und weittragender Bedeutung. Der Tatbestand, der dem rechtsgerichtlichen Urteil zu Grunde lag, ist kurz folgender: Der Angeklagte Bergmann R. aus Eberg hatte ein Flugblatt drucken lassen des Inhalts: „Kameraden! Da unsere Delegirten und Deputirten von Bochum und Dortmund in der Sache des Striffes genötigt worden sind, indem die Herren Arbeitgeber ihr uns verpöndeltes Wort nicht gehalten haben und wir an unserem Central-Strife-Comitee in Bochum unbedingt festhalten müssen, so fordern wir hier sämtliche Kameraden auf, den Strif wieder so aufzunehmen, wie wir ihn verlassen haben. Das Comitee.“ Von diesen in 150 Exemplaren gedruckten Aufzügen hat der Angeklagte R. eine Anzahl in einer Wirtshaus auf den Tisch niedergelegt, damit die anwesenden Bergleute — Deputirte — davon nähmen und weiter verbreiteten, auch hat er selbst ein Exemplar auf einen benachbarten Markt befördert. Daraufhin wurde vom Landgericht Essen gegen R. Untersuchung wegen Vergehens wider § 110 St.-G.-B. eingeleitet, durch Urteil der Ferienkammer dieses Gerichts aber der Angeklagte freigesprochen. Das Reichsgericht in seinem oben erwähnten Urteil hat die landgerichtliche Entscheidung aufgehoben und die Sache zu anderweiter Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Das Reichsgericht geht nach einem Hinweis der „Ft. Jtg.“ davon aus, daß der § 110 des St.-G.-B. indem er die öffentliche Aufforderung zum Ungehörig gegen Geleise für strafbar erklärt, nicht ausschließlich Straftat im Auge gehabt hat. Daß irgend eine andere Art von Geleisen von dem Schutz des § 110 ausgeschlossen sein sollte, lasse sich weder aus dessen Wortlaut, noch aus dessen Sinn und Zweck erklären. Gegenstand jenes strafgerichtlichen Schutzes sei die Intimität des Geleises an sich. Die Verletzung in gleicher Weise verleihe, welchen Anlaß das Geleise haben und welchem Gebiet es angehören möge. ... Während die sonstigen Eingebittungen des Strafgesetzbuchs den verschiedenen Rechtsgebieten, dem Vermögensrecht wie dem Familienrecht, dem Rechte des Staatsoberhauptes wie den politischen Rechten des Einzelnen, durch ihre Straftragungen einen verstärkten Schutz geben, schütze § 110 des St.-G.-B. das Geleise an sich. ... Damit daß einem Geleise der verstärkte strafrechtliche Schutz nicht gewährt würde, sei allerdings unerwünscht, daß seine Verletzung im Einzelfalle das Interesse des Staates selbst nicht in dem Maße berührt, als die Verletzung der durch das Strafgesetz besonders geschützten Geleise; werde aber zum Ungehörig gegen Geleise öffentlich aufgefordert, so werde die Achtung vor dem Geleise als solchen, das Ansehen der gesetzgebenden Gewalt untergraben. Es leuchte ein, daß dieses Ansehen durch eine öffentliche Aufforderung, gewissermaßen rechtliche Pflichten nicht zu erfüllen (man denke z. B. an die Agitation der irischen Land-Liga gegen Zahlung der Pachtgelder) unter Umständen gefährdet werden kann, als durch eine gleiche Aufforderung zum Ungehörig gegen öffentlich rechtliche Vorschriften. Könne also der Schutz des § 110 den bürgerlichen Geleisen an sich nicht verweigert werden, so müsse auch dem § 270, Tit. 5, Zbl. I des Allg. (preuß.) Landrechts dieser Schutz gewährt werden; denn dieser Paragraph enthalte in positiver Form das Gebot der Vertragserfüllung. Der strafrechtliche Ungehörig gegen das Geleise sei jedoch nicht ohne Weiteres mit der civilrechtlichen Verletzung desselben gegeben. Die bloße Nichterfüllung eines Vertrags begründe den Klagenanspruch des anderen Kontrahenten auf Erfüllung oder Schadensabgabe, könne aber das Thatbestandsmerkmal des Ungehörigs nur bilden, wenn die Handlung bewußt und gewollt gegen das Geleise selbst gerichtet gewesen sei. So verhalte es in dem vorhin erwähnten Fall der irischen Landliga die Weigerung der Pachtzahlung Seitens eines Pächters zunächst nur das Vertragsrecht des Grundherrn, begründe die Einwilligung an Zahlung, berühre noch in keiner Weise die Grundlagen der Rechtsordnung. Wohl aber würden diese Grundlagen erschüttert, wenn sämtliche Pächter einer gewissen Landchaft nicht aus Pöhlungs-Übermuthen oder aus rechtlich begründeten Einreden, sondern einer gemeinamen Anregung folgend in dem bewußten Gegensatz gegen das Geleise die Pachtzahlung verweigerten. Wäre nun auch die Handlung des Einzelnen, soweit sie nicht ein besonderes Strafgesetz verleihe, strafbar, so trete doch das Strafgesetz dem öffentlichen Anreiz zu solchem Verhalten wegen der darin liegenden Gefähr-

ung der Rechtsordnung durch die Vorschrift des § 110 entgegen. Die Anwendung dieser Vorschrift auf den vorliegenden Thatbestand führe weder zur Strafbefreiung des einfachen Vertragsbruchs, noch werde die Koalitionsfreiheit der Arbeiter dadurch beeinträchtigt. Es bleibe den Arbeitern wie den Arbeitgebern gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung freigestellt, ihren Ansprüchen, deren Forderung und Bewilligung an sich von dem freien Willen der Beteiligten abhängig, durch das auch ohne Vertragsbruch durchführbare Mittel der Vereinigung, Koalition, größeren Nachdruck zu geben. Insofern seien auch öffentliche Auforderungen zu dergleichen Verhandlungen von Strafe frei. Nicht erlaubt und unter § 110 St.-G.-B. gestellt sind dagegen die Aufforderungen, welche auf ein geheimeres Handeln, nämlich auf Vertragsbruch, gerichtet sind.

Wir haben in Vorstehendem das rechtsgerichtliche Urteil nach seinem wesentlichen Inhalt mit Weglassung juristischer Detailsführungen und einiger Fragen von untergeordneter Bedeutung wiedergegeben und wollen für heute nur wenige Worte hinzufügen. Das Reichsgericht bezeichnet als Geleise, welches durch das intimistische Flugblatt verletzt werden sollte, den § 270 des preuß. Landrechts, das im Bezirke des Landgerichts Essen Geltung hat. Ohne Zweifel wird auch in den Gebieten des gemeinen Rechts, des französischen Rechts u. s. w. die gleiche Entscheidung zu fällen sein, da allen Gesetzgebungen, wenn auch nicht mit den Worten des preussischen Gesetzes, die Bestimmung zu Grunde liegt, daß Verträge zu halten sind. Das Reichsgericht spricht nur aus, daß den bürgerlichen Geleisen an sich, im Allgemeinen, der Schutz des § 110 nicht zu verweigern sei, es läßt aber unerörtert, wie weit dieser Schutz reicht, ob er auf solche Geleise beschränkt ist, die gebieten und verbieten und ob er sich insbesondere auch auf die sog. dispositiven Geleise erstreckt. Deshalb wird vom Reichsgericht dahingestellt gelassen, ob auch der § 81 des preussischen Gesetzes, welcher nur Mangels besonderer Vereinbarung die vierstündige Kündigung eines bergmännischen Arbeitsvertrags vorkreuzt, den Schutz des § 110 genießt. Das Urteil des Reichsgerichts hat das freisprechende Urteil des Landgerichts nicht den demselben zu Grunde liegenden thatsächlichen Feststellungen aufgehoben. Insofern ist es immerhin nicht unmöglich, daß bei erneuter Verhandlung der Sache eine für den Angeklagten günstigere Wendung eintritt. Seine bergmännischen Genossen werden aber wohl daran thun, sich das Urteil des Reichsgerichts zur Nachachtung dienen zu lassen, falls sie mit dem Straftrichter nicht in Kollision gerathen wollen. Uebrigens verleihe es sich von selbst und ist auch vom Reichsgericht klar angebeutet worden, daß die Anwendung des § 110 ebensoviele die Arbeiter wie die Arbeitgeber, also nicht bloß die Bergleute, sondern ganz ebenso auch die Zechenverwaltungen treffen kann.

Politische und Tages-Chronik.

Berlin, 19. Dezember.

— Der Stadtverordneten-Versammlung ist auf die an Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich gerichtete Geburtswünsche-Glückwunschsadresse folgendes Allerhöchste Antwortschreiben zugegangen: „Die Stadtverordneten von Berlin haben auch in diesem Jahre in gewohnter Weise ihre Glückwünsche zu Meinem Geburtstage dargebracht und Mir damit aufrichtig wohlgehan. Denn Ich fühle mich eng verbunden mit der Väterstadt dieser Stadt, die Meine zweite Heimath geworden und deren großartige Entwicklung Ich durch mehr als drei Jahrzehnte mit lebhafter Theilnahme verfolgt habe. Ich bitte in diesen Worten für die Mir bewiesene Unabgünstigkeit Meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen zu wollen.“
Weipol, den 6. Dezember 1889.

gez. Viktoria
Kaiserin und Königin Preideich.“
— Nach einer Mitteilung der „Post“ ist in Folge der Erkrankung des Herrn Lieutenant's Geleise sein vom Reichskanzler gewünschter Besuch in Friedrichshagen unterblieben; der Herr Reichskanzler wird sich vor Herrn Geleise erst nach seiner Rückkehr nach Berlin, also wohl bald nach Neujahr, über die Ereignisse in Myawappa und die dortige Lage Bericht erstatten lassen.

— Der Bundesrath wird morgen Nachmittag um 2 Uhr eine Plenarsitzung abhalten. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Vorlage betreffend des im Haag am 15. November 1889 unterzeichneten Uebereinkommens mit dem Königreich der Niederlande zum Schutze verknüppter weiblicher Personen; das Uebereinkommen ist in französischer und deutscher Text vorgelegt und umfaßt sieben Artikel. Es wird dazu folgendes bemerkt:

Die in breitem Umfange betriebene Verknüpfung weiblicher Personen, welche zu Zwecken der Prostitution in das Ausland insbesondere nach den Niederlanden geführt werden, hat zu Verhandlungen mit der königlich niederländischen Regierung über den Abschluß eines Uebereinkommens zum Schutze der

verknüpften Veranlassung gegeben. Seitens der Niederlande sind derartige Uebereinkommen bereits mit Belgien unter dem 18. Dezember 1886 und mit Oesterreich-Ungarn unter dem 28. November 1888 getroffen worden. Im Anblich an das letztere Uebereinkommen ist nicht einer deutlichen Ueberlegung das Uebereinkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden unter dem 15. d. M. unterzeichnet worden. Die Bestimmung im Artikel 1 dieses Uebereinkommens, nach welcher alle von einem Lande angehörende, in dem anderen der Prostitution sich ergebenden weiblichen Personen sowie thunlich über ihre Heimath und über den Anlaß ihrer Ueberbedelung benommen werden sollen, bezweckt Aufschlüsse über diejenigen Personen zu erhalten, welche sich die Verknüpfung weiblicher Personen nach dem Anstande zum Gewichte machen. Artikel 2 bezweckt, denjenigen Personen, welche gegen ihren Willen zur Unzucht angehalten, insbesondere in öffentlichen Häusern zurückgehalten werden, die Mittel zu ihrer Heimath zu erleichtern. Artikel 3 enthält eine entsprechende Bestimmung hinsichtlich minderjähriger weiblicher Personen, welche sich freiwillig der Prostitution hingeben. Von den weiteren Bestimmungen ist nur der Artikel 6 hervorzuheben, durch welchen nun die Verpflichtung zur Uebernahme der Heimkehrkosten entsprechend bei den Vereinbarungen über die Heimkehrung, Hilfsbehörden, hiesigen Grundbesitzer für Fälle der Mittellosigkeit der Heimkehrerinnen selbst oder ihrer verpfändeten Angehörige zu regeln beauftragt ist.

* Potsdam, 19. Dezember. Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag Vorträge entgegen. Die für heute Mittag beabsichtigte Reise zur Jagd nach Hummelstein hat Se. Majestät wegen einer leichten Erkältung aufgegeben.

* Schweidnitz, 19. Dezember. Bei der heutigen Besatzwahl eines Landtagsabgeordneten im 11. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Breslau (Olan-Brieg) wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten, Grafen Weill-Kreftowicz, der „Täglichen Rundschau“ zufolge der erste Staatsanwalt Schumacher in Brieg (frons.) mit 115 Stimmen Majorität gewählt.

* Breslau, 19. Dezember. Auf der Grube „Centrum“ in Karsten sind heute früh sämtliche Schleppe angefahren. Der Zustand ist damit beendet.

* Magdeburg, 19. Dezember. Vor der Strafkammer endete gestern der große Schmuggelprozess, welcher eine Jolldekubration von 190000 Kilogramm Getreide betraf. Von den 9 Angeklagten wurde der eine derselben, ein Kaufmann aus Gelsenkirchen, zu drei Monaten Gefängnis 3000 Mark Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Die Uebrigen wurden freigesprochen, da sie nicht überführt werden konnten. Die gerichtliche Beschlagnahme des Getreides ist aufgehoben worden.

* Saarbrücken, 19. Dezember. Bei der heutigen Festlichkeit ist Alles ruhig und vollständig angefahren zu der Grube König, Kohlwald, Wellesweiler, Gesteinborn, Heintz und Decher. In Grube Maybach fehlen nur noch 50, in Friedrichsthal einige Mann, in „Von der Heide“ noch 440 Mann; ebenso sind auf Grube Heiden etwa 50, auf Grube Ippenitz 250 und auf Grube Schwalbach 200 Mann nicht angefahren. In Dautenthal sind 1257 Mann, in Dudweiler und Campphausen mehr Leute angefahren als gestern. In Jaegersfreude streifen nur noch 4 Mann, in Sulzbach ein Viertel, in Altenwald zwei Drittel, in Kreuzgraben ein Fünftel der unterirdischen Belegschaft.

* Karlsruhe, 19. Dezember. Dem Prinzen Wilhelm von Baden ist an seinem gefrigen Geburtstag ein herzliches Glückwunschs-Telegramm Sr. Majestät des Kaisers zugegangen, welches dem Prinzen zugleich mittheilte, daß er von Sr. Majestät, in Erinnerung an die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1870, an denen der Prinz ruhmvolle Antheil genommen habe, à la suite des ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiments gestellt worden sei, welchem Regimente der Prinz früher angehört hat.

* Stuttgart, 19. Dezember. Der König und die Königin empfingen gestern anlässlich des Jubiläums als Ehre ihrer Regimenter Deputationen derselben, welche Glückwünsche darbrachten. Sodann fand große Galafeier zur Feier des Erinnerungstages statt, an welcher sämtliche Mitglieder des königlichen Hauses theilnahmen. Die Königin hatte zum ersten Male das neuerlichene Dienstehrenkreuz erster Klasse angelegt. Der König brachte den Toast auf seine Regimenter aus, indem er die Treue und Tapferkeit rühmte, welche dieselben stets bewiesen hätten. Die Königin trank auf das Wohl ihrer Regimenter. Prinz Wilhelm dankte im Namen der Regimenter und brachte ein dreimaliges Hoch auf den König und die Königin aus.

* München, 19. Dezember. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte den gemachten Fiskusplan sowie den Bau der Zweigbahn Offheim-Grünstadt und empfahl den Bau der Bahnen Sandwisch-Thalbachweiler und Kaiserlautern-Webermühle.

* Wien, 19. Dez. Herrenhaus. Der Präsident Graf Trautmannsdorf theilt mit, daß laut Bescheid des Ministerpräsidenten der Kaiser mit Sanbtschellen vom 16. Okt. d. J. die freiwillige Verzichtleistung des Erzherzogs Johann Salvator auf seine Rechte als Mitglied des kaiserlichen

